

Neue EU-Kommission mit neuen Prioritäten:

Zentrale Weichenstellungen auch für Kommunen

Am 1. Dezember 2024 hat die neue Europäische Kommission ihr Mandat angetreten. Die 26 Kommissarinnen und Kommissare sollen laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nicht nur intensiver mit dem Europäischen Parlament und den europäischen Regionen zusammenarbeiten, sondern auch den Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Ebenen und mit den Bürgerinnen und Bürgern und Interessengruppen fördern.

Ein Beitrag von
Christiane Horsch



Foto: Andreas Glückhorn / Unsplash

Die EU-Kohäsionspolitik soll die Entwicklung ländlicher Regionen fördern

Die wichtigsten Vorhaben der neuen Kommission sind höchstrelevant für die Kommunen. Gleich im Jahr 2025 wird die Kommission einen Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorlegen. Damit verbunden ist die Diskussion um die Zukunft der Kohäsion. Es gibt Überlegungen innerhalb der Kommission, die Kohäsion zu beschneiden – nicht nur budgetär, sondern auch strukturell. Für die Kommunen in Deutschland sind die europäischen **Struktur- und Kohäsionsfonds** wichtige Instrumente, um Strukturwandel, wirtschaftliche Stabilität, Klimaschutz, technischen Fortschritt und transforma-

tive Prozesse zu unterstützen. Deswegen muss die Kommission mit den Kommunen ins Gespräch kommen, damit europäische Strukturförderung vor Ort erfahrbar bleibt. Die Fonds sollten auch künftig von den Kommunen und Bundesländern mitverwaltet und zugeteilt werden.

Ein weiteres Vorhaben der neuen Kommission ist es, die Gesetzgebung zu verbessern und die Regulierung zu vereinfachen. Es wäre ein Meilenstein, wenn die Kommission bei zukünftigen Gesetzesinitiativen nicht nur Unternehmen, sondern auch die Kommunen entlasten und weniger Bürokratie in den Behörden schaffen würde.

Zur Autorin:

Christiane Horsch ist Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Schweich an der Römischen Weinstraße und Präsidentin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas.



Foto: European Union, 2024 / Mathieu Cugnot

Ursula von der Leyen stellte dem EU-Parlament die designierten Kommissionsmitglieder vor

Der **europäische Grüne Deal** war das zentrale Thema des letzten Mandats, die Umsetzung wird die kommunale Ebene in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen – darauf müssen wir immer wieder hinweisen. Die Schwerpunkte der zweiten Amtszeit von Ursula von der Leyen sind nun andere. Künftig steht die Stärkung der europäischen Sicherheit und Verteidigung im Vordergrund und die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz.

Für die neue Kommission ist deshalb der Clean Industrial Deal die zentrale Initiative mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sicherzustellen und mit Klimapolitik zu verbinden. Ursula von der Leyen betont, dass die EU bei den Zielen des europäischen Grünen Deals auf Kurs bleiben muss. Um diesen Übergang und die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft erfolgreich zu meistern, muss die EU-Kommission laut von der Leyen „flexibler sein und Menschen und Unternehmen auf diesem Weg besser begleiten“. Das ist gut und wichtig. Gegen die Wirtschaft wird sich der europäische Grüne Deal nicht durchsetzen können. Aber auch nicht ohne die Kommunen.

Die Kommunen sehe ich in einer bedeutenden Rolle bei der Gestaltung einer ökonomischen und ökologischen Transformation vor Ort und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gerade auf lokaler Ebene wird schon seit Jahren erfolgreich vorgemacht, wie Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen beim Klima-

schutz gemeinsam „Hand in Hand gehen“ und Klimaschutz vor Ort umsetzen. Die partnerschaftliche Herangehensweise ist ein vielversprechender Ansatz und fördert Akzeptanz und eine bessere Umsetzung ambitionierter Klimaschutzziele.

Die kommunale Ebene muss daher zwingend auch bei der Entwicklung des Grünen Industriepans von Beginn an mit einbezogen werden. Beim europäischen Grünen Deal wurde oft erst an die kommunale Basis gedacht, wenn sich die Initiativen bereits im EU-Gesetzgebungsprozess befanden. Das ist zu spät!

Bei allen relevanten Vorhaben fordern wir daher von Beginn an die frühzeitige Einbindung der Kommunen und ihrer Vertretungen, der kommunalen Spitzenverbände und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Die Kommunen sind Erfolgsgarant und unverzichtbare Partner für eine gelingende gemeinsame europäische Politik! ■

Infos

EU-Struktur- und Investitionsfonds für regionale und städtische Entwicklungsprojekte:

☞ https://commission.europa.eu/eu-regional-and-urban-development/financial-support-projects/structural-and-investment-funds_de

Europäischer Grüner Deal:

☞ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de